

NEUSTADT - KURIER

Meinungen - Informationen - Perspektiven



CSU Neustadt

54. Ausgabe

Dezember 2004

Unsere Themen heute:

- Weihnachtsgruß
- Anfrage Campingstellplätze
- Kreisel für Sonneberger Straße?
- Stadt - Land - Bezirk
- Verreinssteuerrecht
- die neue Heubischer Straße
- unsere Weinfahrt
- 15 Jahre - Schon vergessen?
- Seniorenbeauftragte(r)
- TFB, jetzt Jugendtreffpunkt
- Familien- und Bildungspolitik
- Mitgliederwerbung
- Das waren Zeiten
- Preiskopf der JU-Neustadt
- Impressum

"Die Ware Weihnacht ist nicht die wahre Weihnacht." (Kurt Marti)

Frohe Weihnachten und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr wünschen wir allen Neustadter Bürgerinnen und Bürgern, unseren Freunden, Gönnern und Mitgliedern.



CSU-Ortsverband, Stadtratsfraktion, Frauenunion
und Junge Union Neustadt

Walter Thamm
Ortsvorsitzender

Jürgen W. Heike
MdL, Staatssekretär

Elke Protzmann
Bezirksrätin
Fraktionsvorsitzende
FU-Vorsitzende

Jürgen Petrautzki
2. Bürgermeister

Frank Altrichter
JU-Vorsitzender

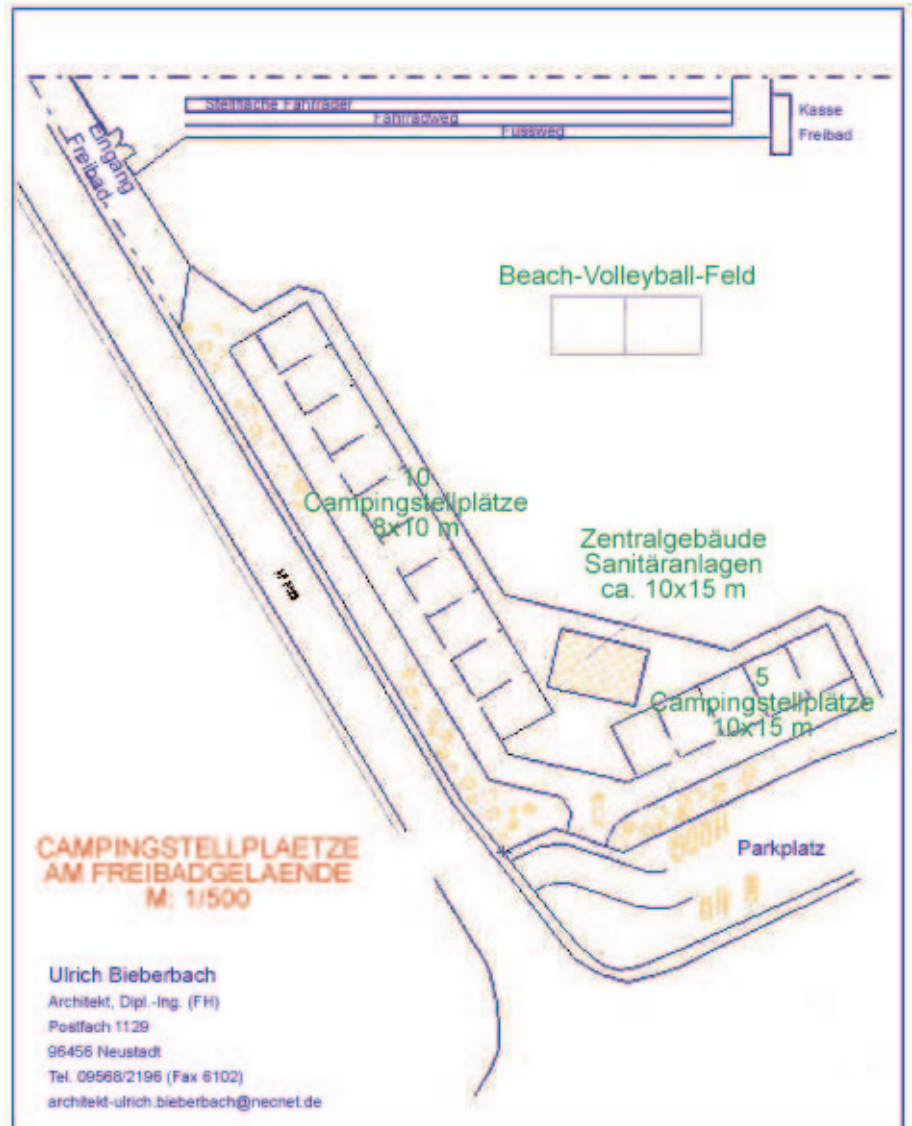
Anfrage Campingstellplätze

Fast zeitgleich mit unserem Antrag "die Stadtverwaltung möge zusammen mit den Stadtwerken bzw. der Bäder-GmbH die mögliche Einrichtung von Campingstellplätzen am Freibadgelände prüfen", ging im November ein ähnlicher Antrag einer Privatperson ein. Wir betrachten daher unseren Antrag als Alternative, falls die Privatinitiative, die natürlich Vorrang hat, nicht zum Tragen kommt.

Als Anlage dazu haben wir die nebenstehende Skizze beigefügt. Der mögliche Gelände-Teil des Freibades bietet sich für eine solche Anlage an, da er von den Badbesuchern eher wenig frequentiert wird; ein Sichtschutz ist vorhanden.

Wir sehen für ein solches Vorhaben eine Reihe von Vorteilen:

- kostengünstige Erschließung (Ver- und Entsorgung)
- verkehrstechnisch einfache Anbindung
- Infrastruktur im Umfeld vorhanden (Gastronomie Freizeitpark, Einkaufsmärkte, Tankstelle, Freibad)
- Aufwertung unserer Infrastruktur
- ein Angebot für Gäste unserer Stadt



Kreisel in der Sonneberger Straße würde zur Verkehrsberuhigung beitragen und für mehr Ordnung sorgen

In der Bürgerversammlung in Wildenheid, am 11. November diesen Jahres, wurde die Frage gestellt, ob es nicht möglich sei, in der Sonneberger Straße - vom Altenheim kommend Richtung Wildenheid - eine Linksabbiegespur einzurichten. Dieses wurde aufgrund der nicht ausreichenden Straßenbreite für nicht durchführbar angesehen.

Ergänzend wurde dann von Matthias Korn der Vorschlag eingebracht, dort einen Kreisverkehrsplatz einzubauen, falls die Lage und die Topographie dies ermöglichen. Ein Kreisverkehr an dieser Stelle würde dem Verkehrsfluss auf der derzeit im Stadtgebiet am stärksten befahrenen Straße (täglich ca. 17.000

Fahrzeuge) gut tun und wäre hier äußerst wirkungsvoll.

Autofahrern, die zu den Hauptverkehrszeiten nach Wildenheid und dem dann wieder geöffneten Hallenwellenbad abbiegen wollen, würde ein einfaches weiterfahren ermöglicht, ohne dass sich der nachfolgende Verkehr beispielsweise bis zum Schellerhaus anstaut. Positiv würde sich ein Kreisverkehr an dieser Stelle auch für die Ebersdorfer und die Anwohner der Karl-Bröger-Siedlung auswirken, die dann leichter in den Verkehrsfluss eingebunden werden könnten.

Den größten Vorteil aber hätten die Anwohner der Sonneberger Straße, denn diese hätten mit dem Kreisverkehr einen "Bremsklotz" in ihrer Straße,

der das Fahren mit überhöhter Geschwindigkeit deutlich einschränken und eine Reduzierung des täglichen Verkehrs mit sich bringen könnte.

Sollte es den Planern und der Stadt Neustadt gelingen, dort einen Kreisverkehr zu integrieren, würde es in diesem Teilbereich zu mehr Ruhe und Sicherheit führen. Der durchfahrende Schwerlast- und Fernverkehr würde dann wegen diesem Hindernis freiwillig auf die (hoffentlich) im nächsten Jahr fertiggestellte Umgehungsstraße ausweichen. Ein großer Teil des LKW-Verkehrs würde dadurch aus unserer Innenstadt verschwinden.

Stadt - Land - Bezirk

Länger als ein Jahr darf ich jetzt für Sie im Bezirkstag Oberfranken arbeiten. Ich habe viele Menschen kennen gelernt, habe mich mit vielen Themen, vor allem aus dem sozialem Bereich auseinandergesetzt - kurz: ich habe viel dazugelernt. Und in der Kombination Stadt, Kreistag und Bezirkstag werden einem als Kommunalpolitikerin, die eben auf allen diesen Ebenen ehrenamtlich arbeitet, auf ganz drastische Weise die Abhängigkeiten zwischen diesen politischen Ebenen bewusst ... und natürlich auch deren Schwächen.

Keine der kommunalen Ebenen ist nämlich in der Lage, trotz größter Anstrengungen die stetig ansteigenden Kosten unseres sozialen Systems zu finanzieren. Bezirk und Landkreis finanzieren sich durch Umlagen von den Städten und Gemeinden - und die stehen jetzt seit Jahren mit dem Rücken zur Wand, verzichten auf Investitionen und haben höchste Not, ihren Pflichtaufgaben nachzukommen.

Rund 93 % der Ausgaben des Bezirks werden bestimmt aus dem Haushaltsplan 4 der Sozialverwaltung und sind von der Bundesgesetzgebung her weder beeinflussbar noch in der Anzahl steuerbar. Es



besteht keine finanzielle Verbindung zwischen Bund und Kommune und daher erhalten die Bezirke Ausgleichszahlungen über das Land. Und auch hier ist wie bei einem Nadelöhr die

Höhe der Zahlungen einzufordern und unter 7 Bezirken - nach einer dramatischen Auseinandersetzung und einer immer noch nicht gerechten Neuregelung - zu verteilen. Die Landkreise kämpfen ebenfalls mit dem Haushaltsplan 4 mit immer weiter steigenden Kosten in der Jugendhilfe, einem Spiegel unserer Gesellschaft. Die Auswirkungen von HARTZ IV sind noch nicht abzusehen. Und in unseren Gemeinden und Städten wird jeder Cent 3 x umgedreht, bevor über ihn entschieden wird. Die Gewerbesteuer, das Maß unserer wirtschaftlichen Kraft, ist weggebrochen.

Meine Forderungen:

Höchste Sozialstandards sind bei der bestehenden niedrigen Wirtschaftskraft zu hinterfragen. Die Bundesregierung lässt nicht den kleinsten Ansatz dazu erkennen, dass die Sozialgesetzgebung wenigstens überdacht wird, der demographische

Wandel wird einfach nicht zur Kenntnis genommen! Da stehen viele mutige Grundsatzentscheidungen in der Politik an. Wir brauchen zwischen Bund und Land und von Land bis zu den Kommunen einen gerechten Finanzausgleich. Wir brauchen das Einsehen, dass nur noch der Unterstützung und Hilfe vom Staat erhalten kann, der sich nicht selbst helfen kann. Staat und Gesellschaft müssen sich neu ausrichten. Unsere Einnahmen und Ausgaben müssen ausgeglichen sein. Es dürfen nicht noch mehr Schulden gemacht werden. Wir müssen an unsere Kinder denken und unsere Zukunft nicht noch mehr belasten. Wir brauchen Werte und Ziele.

Und persönlich füge ich an: Auch wenn es im Moment an allen Fronten kriselt, wenn viel Arbeit ansteht, wenn viel Überzeugungsarbeit zu leisten ist, die auch ein Umdenken im Anspruch beinhaltet und dieses vermitteln soll - mir macht die Arbeit im Stadtrat Neustadt, im Kreistag und im Bezirkstag Oberfranken viel Spaß und ich arbeite gerne für Sie.

Ihre
Elke Protzmann
Bezirksrätin



Der Geruch von Lebkuchen und Glühwein, das Knistern des Buchenscheits im Kamin, das Buch, das schon lange gelesen werden wollte, das Gespräch mit Freunden, die Vorfreude auf die lauen Sommernächte und die Erinnerungen an die Kindheit bescheren uns eine schöne Weihnachtszeit.



Vereinssteuerrecht

Die Junge Union informierte am 30. September über List und Tücken des Vereinssteuerrechts; als Referent war Diplom-Finanzwirt René Solowski aus Landshut eingeladen.

Nach dem Erfolg des Vortrages über das Vereinsrecht im vergangenen Jahr hatte sich die Junge Union Neustadt dazu entschlossen, über die Hanns-Seidel-Stiftung eine ähnliche Veranstaltung über das Vereinssteuerrecht, insbesondere für gemeinnützige Vereine anzubieten.

Dass diese Idee eine gute war; bestätigte das zahlreiche Interesse an dem Thema in der Gaststätte Eckstein. Ein



Matthias Korn bedankt sich beim Referenten mit einem kleinen Präsentkorb

Zeichen aber auch dafür; dass die Verantwortlichen der Neustadter Vereine immer auf dem aktuellen Stand des Wissens sein wollen. Ein Volltreffer war auch der Referent des

Abends, René Solowski, Diplom-Finanzwirt (FH) aus Landshut. Der Diplom-Finanzwirt aus Landshut verstand es, steuerliche Fachbegriffe und Zusammenhänge populär zu erklären. In Anspielung auf die Theaterkulisse im Saal und der Aussage, dass das Steuerrecht mittlerweile fast auch ein Theater sei, lockerte Solowski seinen Vortrag gleich zu Beginn auf. Ausführlich und detailliert ging er mit vielen Fallbeispielen auf das nur scheinbar einfach zu überschauende Vereinssteuerrecht ein. Da zeigte sich, dass so einiges, was gängige Praxis ist und irgendwie im Verein eingeführt wurde, nicht immer mit dem Steuerrecht vereinbar ist.

Die "neue" Heubischer Straße - erkennen Sie sie wieder?



Blick in die untere Heubischer Straße - links vorher, Mitte und rechts nach dem Umbau - ein Unterschied, der sich sehen lassen kann.

Entsprechend der Rahmenplanung für die untere Heubischer Straße wurden mit der offiziellen Eröffnung am 24. November die Neugestaltungsmaßnahmen zum verkehrsberuhigten Geschäftsbereich abgeschlossen.

Mit dem Antrag der CSU-Fraktion zur Umgestaltung und unserer grundlegenden Philosophie "Zielverkehr rein - Durchgangsverkehr raus" folgend, entstanden umfangreiche Kurzparkzonen vor den Geschäften und der Fußgängerbereich wurde attraktiver

gestaltet.

Sicherlich war es in Zeiten knapper Finanzmittel nicht einfach, diese Baumaßnahmen durchzuführen.

Aber, es hat sich gelohnt!

Und jetzt - mit dem Blick auf die gelungene Maßnahme - waren plötzlich alle schon immer dafür.

Erinnern Sie sich noch?

Als bei der Verabschiedung der Haushaltssatzung 2004 die Mittel für die Vergabe der Planungsleistungen bereitgestellt werden sollten, bean-

tragte die SPD-Fraktion die Vertagung dieses Punktes, was zur Folge gehabt hätte, dass der Zeitplan des Stadtbauamtes zunichte gewesen wäre.

Glücklicherweise setzte sich der vernünftige Rest der Stadtratsmitglieder - allen voran die Stadtratsfraktion der CSU - sowie auch OB Frank Rebhan durch und bewilligte die erforderlichen Finanzmittel.

Geschenkesteuer

Jeder rette sich wer kann, vor dem falschen Weihnachtsmann. Dieses Jahr stapft durch den Schnee ein Minister mit dummer Idee.

Kassiert gleich die Geschenkesteuer, auch das Lametta wird nun teuer. verlangt für jeden bunten Teller, von jedem Kind gleich einen Heller.

Sind an der Tanne Nadeln dran, fällt gleich die Nadelsteuer an. Selbst sein Besuch kostet noch Steuer, dumme Ideen sind eben teuer.

(H. Bornemann)

unsere Weinfahrt

Der CSU-Ortsverband Neustadt machte am 24. Oktober 2004 bei herrlichem Herbstwetter eine Busfahrt in das fränkische Weinland.

Unsere Reise führte uns zunächst nach Würzburg; dort machten wir unter sachkundiger Führung einen 2stündigen Streifzug durch die Würzburger Altstadt.

Anschließend fuhren wir nach Nordheim am Main und besuchten das "Weingut am Kreuzberg", einen kleinen Familienbetrieb der Familie Braun, inmitten von Weinbergen gelegen.

Familie Braun legt besonderen Wert auf einen schonenden und qualitätsbewußten Ausbau, um fruchtige, feinperlige und ausdrucksvolle Weine zu erhalten. Um für jeden Geschmack



Die Teilnehmer lassen sich auf dem Vorplatz der "Würzburger Residenz" die geschichtlichen Hintergründe der Stadt erklären.

etwas bieten zu können, bauen sie ihre Weine sowohl trocken als auch halbtrocken aus. Natürlich bieten sie auch edelsüße Weine an.

Nach einem kurzen Rundgang durch die Produktionsanlagen lies uns die Familie Braun ihre selbst hergestellten Weine verkosten und hat alles

getan, dass die Weinprobe für uns zu einem unvergesslichen Erlebnis wurde.

Schon während der Weinprobe konnten wir eine deftige Häckerbrotzeit zu uns nehmen, damit die richtige Grundlage gegeben war.

15 Jahre - Schon vergessen?

Ist es wirklich schon 15 Jahre her, dass der Eiserner Vorhang zwischen Neustadt und Sonneberg fiel? In der Tat! Vieles haben wir vergessen, manches Unerwartete erlebt und nicht zuletzt auch Enttäuschungen hinnehmen müssen.

Wir haben unsere Erinnerungen an die schicksalhaften Begegnungen aber nicht verloren, als viele Neustadter unmittelbar nach dem 11. November 1989 die Bürger aus Thüringen frohgemut begrüßten und diese in überschwänglicher Freude zum Kaffee trinken oder zum Essen einluden. Ja, nie mehr danach hat Neustadt wieder so viele private Übernachtungsmöglichkeiten anbieten können. Zwei Städte im Hochgefühl der bevorstehenden Wiedervereinigung! Wenn wir dann unseren Gegenbesuch abstatteten, so war es unseren thüringischen Gastgebern selbst auferlegte Pflicht, uns mit Rostbratwürsten, mit Kuchen und anderen Freundlichkeiten zu verwöhnen.



Die Geschichtsvergessenheit der Bürger diesseits und jenseits des ehemaligen Sperrzauns war im Laufe der Zeit kein grundsätzlich negatives Signal für das Zusammenwachsen. Zeigte doch dieses Verhalten, dass die Menschen sich aneinander gewöhnten und die neue Freiheit beiderseits der jetzigen Landesgrenzen genossen.

Die übertriebene, von oben verordnete Einigkeit erlitt jedoch bald Risse.

War man zunächst noch mit hoheitlicher Stadtfahne zur befreundeten Nachbarstadt gereist, begründete man schon im Februar 1990 eine aus der Retrospektive als politisch fragwürdig zu bezeichnende, eigentlich nur im internationalen Rahmen übliche Städtepartnerschaft. (Die Stadträte Albert Koch (SPD) und Jürgen W. Heike (CSU) - welche Koalition! - stimmten im Stadtrat gegen die Entscheidung). Der Neustadter Oberbürgermeister fuhr



mit der Kutsche durch Sonneberg.

All diese Ereignisse, entbehren sie auch in der Rückschau nicht eines gewissen Charmes, überholten sich dann selbst. Es kam zu einer gelebten Nachbarschaft mit Gemeinsamkeiten. Es kam genauso aber zu Abgrenzungen, die letztendlich in eine Abkühlung des gemeinsamen Erlebens von Grenzöffnung und Freiheit mündeten - aus menschlicher wie landesplanerischer Sicht nur bedauerlich, in Zeiten knapper öffentlicher Kassen und des immer härteren Verteilungswettbewerbes zumindest nachvollziehbar.

Ein erneuter Höhepunkt in diesen nachbarschaftlichen Beziehungen war eine Sendung des Bayerischen Rundfunks, die am 22. November 2004 im Fernsehen ausgestrahlt wurde. Dort hieß es aus offizieller Sonneberger Quelle, dass Neustadt beim Bau des Hallenbades nicht kooperativ gewesen wäre. Die Richtigstellung folgte durch den Neustadter Oberbürgermeister auf dem Fuß. Dennoch war wieder einmal eine Möglichkeit der Gemeinsamkeit verspielt! Actio gleich Reactio - ein unsägliches Gleichge-

wicht, das die kommunalpolitische Entwicklung lähmen muss. Gewinner gibt es nicht!

Haben wir eigentlich schon alles vergessen? Wie glücklich waren wir, als der Fall des Eisernen Vorhangs das totalitäre Regime der Ulbrichts und Honeckers zu Grabe trug. Wie schön ist es für uns Neustadter, nunmehr im Thüringer Wald spazieren gehen zu können, für unsere Sonneberger Nachbarn, zu Freunden und Verwandten nach Franken fahren zu können - ohne Passierschein, ohne bürokratischen Aufwand, ohne Bspitzelung durch IM der Staatssicherheit. Natürlich sind die Forderungen und Erwartungen beiderseits der früheren Demarkationslinie an die gewonnene Freiheit sehr hoch gesteckt. Nicht nur die Reisefreiheit sei damit gemeint, sondern in erster Linie die private Freiheit, sein Leben selbst in die



Hand nehmen zu können.

Wir müssen die politischen Zeitläufe neu setzen. Wir müssen den Menschen Zeit lassen, um sich an die neuen Entwicklungen zu gewöhnen. 15 Jahre waren offensichtlich nicht genug!

Dennoch, für alle Bürger in diesem früheren Grenzgebiet ist eine deutliche Verbesserung zu früher spürbar. Nachbarn müssen miteinander, nicht neidisch nebeneinander und schon gar nicht gegeneinander leben, wie das im Kleinen leider so oft üblich ist. Lassen wir die Menschen also miteinander arbeiten und leben, dann wird die Zukunft zum Faustpfand der Städte Neustadt und Sonneberg.

Weihnachten:

In dieser Jahreszeit des Übergangs wünschen wir Ihnen glänzende Momente, schöne Erinnerungen an das Vergangene und Freude auf das Kommende.



Antrag Seinorenbeauftragte(r)

Unseren Antrag auf Etablierung eines Seinorenbeauftragten im Stadtrat Neustadt haben wir ausführlich begründet. Nachfolgend können Sie den Antrag nachlesen:

- Unsere Altersstruktur in Neustadt ist im Durchschnitt mit eine der höchsten im Landkreis.
- Seinorenpolitik, die sich in der Vergangenheit eher auf die Versorgung und Pflege bezog, hat heute ganz andere Inhalte bekommen.
- Unsere Seinoren werden dank medizinischen Fortschritts immer älter.
- die Altergruppe der Seinoren ist zwischenzeitlich auch von der Werbung als besonderer Konsument anerkannt.
- Seinoren sind heute reiselustiger als früher und leben anders.
- Seinoren führen ein selbständiges und selbstbewussteres Leben, als vielleicht vor 50 Jahren.
- Die familiären Strukturen haben sich verändert; es gibt zunehmend mehr Single-Seinoren-Haushalte und die Kommunikation mit der restlichen Familie findet häufig per Telefon oder Internet statt.
- Vereinsamung ist ein Begriff, der keine Seltenheit ist.
- Die Bestrebungen der Gesundheitspolitik - ambulante Hilfe statt stationäre Hilfe - spüren Seinoren dann in durchschnittlich viel höherem Alter. Und der Schritt in die Betreuung, betreutes Wohnen in Anspruch zu nehmen oder in ein Altenheim zu gehen, wird zunehmend erst dann vollzo-

gen, wenn es der gesundheitliche Zustand oder das hohe Alter nicht mehr zulassen, selbständig zu leben.

Alle diese Punkte, und wir erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit zu diesem Thema der Seinorenpolitik, sind wichtig für unsere Entscheidungen in unserer Stadt. Wir wünschen uns, dass dieses im Hintergrund für uns bei allen Entscheidungen Bedeutung hat; noch mehr als dies bisher der Fall war.

Gott sei Dank haben wir in Neustadt eine gute, ja hervorragende Betreuung von Seinoren. Hier wird schon auf den verschiedensten Ebenen gearbeitet. Wir wünschen uns einen Beauftragten oder eine Beauftragte im Stadtrat als Schnittstelle, als Mittler für die Interessen aller verbandsgebundenen Seinoren (siehe Seinorenbeirat, Marienvereine, kirchliche Verbände und sonstige Seinoren-Gruppierungen), aber auch vor allem für die Seinoren, die keinem Verband oder Verein angehören. Wir wollen die Lebenserfahrung unserer Seinoren nutzen und als Gemeinschaft gemeinsam davon profitieren, profitieren bei der Arbeit im Stadtrat für Neustadt.

Und wir wollen noch mehr: Wir wollen die Auseinandersetzung innerhalb der Seinorenpolitik mit neuen Themen - wie neue Wohnformen für Seinoren. Hier formulieren wir derzeit einen weiteren Antrag, sich damit zu beschäftigen.

Wir überlegen sicher bei den nächsten Haushalts-Plan-Beratungen, städtischen Wohnbestand zu sanie-

ren. Wie sollen wir sanieren? Warum nicht seniorengerecht? Nicht nur für Rollstuhlfahrer geeignet, nein auch auf soziale Bedürfnisse eingehend. Wohnraum steht hierfür in Neustadt zur Verfügung und es lohnt sicher, sich z. B. mit dem Thema "Seinoren-WG" näher auseinander zu setzen. Neue Wohnformen der Zukunft - was für die 68er Generation Status war, was heute für Studenten gut und günstig ist - kann auch für Seinoren eine Möglichkeit sein, gerade den negativen Folgen des Alters, der Einsamkeit zu entgehen. Wenngleich wir auch nicht verkennen, dass hierzu auch erst ein Bewusstsein geschaffen werden muss. Wichtig ist die Prüfung, ob es für solch ein Projekt auch Fördertöpfe gibt, die wir nutzen könnten und vielleicht kann eine solche Maßnahme auch in unsere Innenstadtsanierung einbezogen werden. Dies nur als Hinweis auf unseren Antrag, den wir demnächst vorlegen wollen.

Abschließend:

Wir wissen, dass Seinorenpolitik in Neustadt einen großen Stellenwert hat und immer gehabt hat. Aber die Wichtigkeit dieses Themas wächst. Und wir stellen uns vor, mit einem städtischen Gebäude einen ersten Anfang zu machen. Solch ein Projekt muss realistisch angepackt werden und wirtschaftlich betrachtet finanzierbar sein, damit es Erfolg haben kann.

Ein Seinorenbeauftragter oder eine -beauftragte hat hier künftig wichtige Funktionen zu erfüllen.

TFB, jetzt Jugendtreffpunkt

Die im Herbst 2002 geführten Diskussionen über die angedachte weitere Verpachtung oder eine andere Nutzung der TFB waren noch nicht abgeschlossen, als die CSU-Fraktion in Ergänzung zu dem vom Kultursenat gegebenen Prüfauftrag am 14.12.2002 einen Antrag einbrachte, mit dem auch andere Nutzungsmöglichkeiten der TFB überprüft werden sollten.

In diese Prüfung baten wir u. a. einzubeziehen, ob ein Teil des Hauses



Der Ortsvorstand der CSU bei der Besichtigung der neuen Jugendräume

der Jugend bzw. der Jugendpflege zugänglich gemacht werden könne. Nun, unsere Gedanken, die ehemali-

gen Gasträume für die Jugendpflege umzugestalten und zu nutzen, wurden umgesetzt und was daraus geworden ist, konnte man am 10. September bei der offiziellen Einweihung des neuen Kinder- und Jugendzentrums in der TFB sehen.

Unsere Jugendlichen fühlen sich Wohl in ihren neuen Räumen und das Angebot der Jugendpflege kann sich sehen lassen.

Prima - macht weiter so!

Familien- und Bildungspolitik ist Zukunftspolitik

Für die Bayerische Staatsregierung ist diese Gleichung keine sinnentleerte Formel. Vielmehr steht für den Freistaat Bayern dieses gesellschaftliche Erfordernis ganz oben auf der politischen Prioritätenliste. So hat das Kabinett im September 2004 eines der modernsten Gesetze in Deutschland für den konsequenten Ausbau der Kinderbetreuung beschlossen, das Bayerische Kindertagesstättengesetz (BayKiTaG). In Kraft treten soll es am 1. Juni 2005.

Für den Ausbau der Kinderbetreuung verwirklicht der Freistaat schon derzeit 313-Millionen-Euro-schweres Sonderprogramm. Zusätzlich zu der schon bisher jährlich für die Kinderbetreuung aufgewendeten halben Milliarde Euro stellt es im Förderzeitraum 2002-2006 Mittel für den Aufbau neuer Kinderkrippen (Kinder bis drei Jahren) und Kinderhorte (schulpflichtige Kinder) zur Verfügung.

Dass die in der Stadt Neustadt lebenden Familien hiervon entscheidend profitieren können, lässt sich an den Zahlen der verfügbaren Plätze für die Kinderbetreuung im Stadtgebiet ermesen. Kann die Große Kreisstadt im Bereich der Kindergärten den Bedarf an Betreuungsplätzen zu einem hohen Prozentsatz decken (Stand März 2004: 516 aufgenommene Kinder, 12 Kinder in Sonneberger Tagesstätten), so sind die fehlenden Kapazitäten im Bereich der Kinderhorte (40 aufgenommene Kinder im katholischen Hort "Don Bosco") und -krippen (keine Plätze vorhanden) offensichtlich. Hier greift das Kindertagesstättengesetz, das

die Betreuungsangebote für Unterdreijährige und schulpflichtige Kinder in die staatliche Förderung aufnimmt, ohne die staatlichen Zuschüsse für Kindergärten zu mindern.

Dass die Novellierung von gesetzlichen Tatbeständen - mögen sie noch so zukunftsfähig sein - auf kritische Stimmen stößt, liegt in der Natur der demokratischen Sache begründet. Dennoch hält die Bayerische Staatsregierung Kurs, wenn es um Qualitätssicherung, Leistungsgerechtigkeit, Bürokratieabbau und die Stärkung der Kommunen, vor allem aber wenn es primär ums Kindeswohl und die Zukunftsaussichten unserer Kinder geht.

Durch das neue Kindertagesstätten-gesetz wird die Rolle der Eltern erheblich gestärkt. Die auf Grundlage des bayerischen Bildungs- und Erziehungsplans zu erarbeitende pädagogische Konzeption einer jeden Kindertagesstätte muss in enger Abstimmung zwischen Personal und Elternbeirat fortgeschrieben werden. Die Eltern reden künftig also auch in pädagogischen Fragen ein gewichtiges Wort mit. Anhand des Vergleiches der einrichtungsspezifischen Konzeptionen wird es ihnen aber auch möglich sein, in Zukunft stärker als früher von ihrem Wahlrecht Gebrauch zu machen, welche Kindertagesstätte für ihren Nachwuchs die beste ist.

Bei der staatlichen Förderung der Tagesstätten wird künftig der Leistungsgerechtigkeit eine wichtige Rolle zufallen. An die Stelle der personalkostenorientierten Förderung rückt die kindorientierte. In Zukunft bemisst sich die Förderung nach der Zahl der Kinder und dem individuellen Betreuungsaufwand sowie nach der von den Eltern wählbaren Dauer

des Aufenthalts in der Einrichtung. Für Kinder unter drei Jahren, Schulkinder, Kinder mit Behinderung und Kinder mit erkennbarem Migrationshintergrund wird eine höhere Förderung gewährt. Gerade mit Blick auf integrative Gruppen, wie u. a. in Neustadt im evangelischen Kindergarten Thanner Weg, wird somit die Möglichkeit eröffnet, dem höheren Betreuungsaufwand durch Absenkung der Gruppenstärke oder Einstellung einer zusätzlichen Fachkraft beizukommen.

Die eigentlichen Entscheidungsträger für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen sollen diejenigen werden, die vor Ort für die Bedarfsdeckung an Tagesstättenplätzen verantwortlich sind: die Kommunen. Die finanzielle Förderung weiterer Plätze für Kinder durch den Freistaat und die Kommune ist an eine vorherige Anerkennung durch die zuständige Stadt oder Gemeinde gekoppelt. Damit ist im Sinne der Subsidiarität für Planungssicherheit auf der untersten politischen Ebene gesorgt - ein deutlich formuliertes Anliegen der Bayerischen Staatsregierung im Zeichen des demographischen Wandels, wie er auch die Stadt Neustadt längst verändert hat.

Letztlich dokumentiert das familienpolitische Engagement der Staatsregierung eines: Wir wollen die Weichen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit stellen. Deswegen können die Eltern in Bayern auf ein modernes Angebot vertrauen, bei dem die Qualität von frühpädagogischer Erziehung und Bildung im Mittelpunkt steht. Nur eines kann das erweiterte Betreuungsplatzangebot für Kinder nicht ersetzen - die Eltern selbst!

Mitglied werden beim CSU Ortsverband Neustadt für Sie kein Problem

Bitte wenden Sie sich an:

Walter Thamm (Ortsvorsitzender)
Allee 1, 96465 Neustadt
Telefon: 09568 / 5223
Fax: 09568 / 87537
e-mail:

walter.thamm@csu-neustadt.de

oder

Ulrich Bieberbach
Arnoldplatz 2, 96465 Neustadt
Telefon: 09568 / 2196
Fax: 09568 / 6102
e-mail:

ulrich.bieberbach@csu-neustadt.de
oder

an eines unserer weiteren
Vorstandsmitglieder bzw. einen der
Stadträte (siehe Impressum) - Sie finden immer einen Ansprechpartner.

Ganz Eilige können sich natürlich auch direkt über das Internet anmelden unter

<http://www.csu-neustadt.de>

Aber auch sonst gibt es auf unseren Internetseiten Interessantes zu entdecken. Schauen Sie ruhig mal rein!

Das waren Zeiten

Bist Du in den 50-, 60- oder 70ern aufgewachsen? Wie hast Du das bloss überlebt?

- Die Autos hatten keine Sicherheitsgurte, keine Kopfstützen und erst recht keine Airbags.
- Auf dem Rücksitz wars lustig und nicht gefährlich.
- Die Gitterbetten und Spielzeuge waren bunt oder zumindest mit bleihaltigen oder anderweitig giftigen oder bedenklichen Lacken gestrichen.
- Es gab keine Kindersicherungen an Steckdosen, Autotüren, Arzneiflaschen und chemischen Haushaltsreinigern.
- Man konnte ohne Helm Fahrrad fahren.
- Man trank aus dem Gartenschlauch oder sonstigen Quellen und nicht Mineralwasser aus sterilen Flaschen.
- Wir bauten Seifenkisten, und diejenigen, die das Glück hatten, an einer abschüssigen Asphaltstrasse zu wohnen, konnten versuchen Geschwindigkeitsrekorde aufzustellen um eventuell auf halbem Weg feststellen, dass man an der Bremse gespart hatte. Nach einigen Unfällen war auch meistens dieses Problem gelöst!
- Man durfte zum Spielen mit der einzigen Kondition, dass man vor

dem finsterwerden wieder nach Hause kam. Es gab kein Handy - und niemand wusste, wo wir uns rumtrieben. Unglaublich.

- Die Schule dauerte bis Mittag, man kam zum Mittagessen nach Hause.
- Wir hatten Schürfwunden, gebrochene Knochen, auch eingeschlagene Zähne, aber niemals wurde jemand deswegen verklagt - auch wenn eine kleine Rauferei im Spiel war. Niemand hatte Schuld - nur wir selbst.
- Wir konnten Süßigkeiten verdrücken und Butterbrote, Getränke mit richtigem Zucker trinken und niemals hatten wir Gewichtsprobleme - weil wir immer draussen spielten und aktiv waren.
- Wir konnten uns zu viert eine Limonade teilen, aus der selben Flasche trinken, ohne dass jemand davon gestorben wäre.
- Wir hatten keine Playstations, Nintendo 64, X boxes, Videospiele, 99 Kabelkanäle, Videorecorder, Dolby-Surround, Handy's, Computer, Chatrooms im Internet, sondern einfach nur Freunde.
- Wir konnten raus - zu Fuss oder mit dem Fahrrad, konnten Freunde besuchen, auch wenn sie mehrere km weit entfernt wohnten, anklopfen oder einfach ohne anzuklopfen ins Haus gehen und ihn oder sie zum Spielen abholen.
- Ja, draussen, in der grausamen

Welt, ganz ohne Aufpasser! Wie war das nur möglich? Wir spielten Fussball auf ein Tor und wenn mal einer nicht in die "Selektion" aufgenommen wurde, gabs kein psychisches Trauma und keinen Weltuntergang.

- Einige Schüler waren vielleicht nicht so gut wie andere, und wenn sie sitzenblieben, musste das Jahr wiederholt werden. Niemand wurde deswegen zum Psychologen oder Psychopädagogen geschickt. Niemand hatte Dislexia, Konzentrationsprobleme oder war Hyperaktiv, es wurde einfach das Jahr wiederholt und jeder bekam seine Chance.
- Wir hatten Freiheit, Rückschläge, Erfolge, Aufgaben und lernten damit umzugehen.

Die Preisfrage ist nur: Wie schafften wir's, all dies zu überleben??? Und vor allem, wie konnten wir nur unsere Persönlichkeiten entfalten?

Stammst Du auch aus dieser Generation? Wenn ja, dann erzähle es Deinen gleichaltrigen Freunden oder auch Deinen Kindern, Nichten und Neffen, damit sie sehen, wie's "damals" war. Sicher werden sie sagen, wir lebten langweilig - aber - Mann, waren wir glücklich!!!!!!

oder????

Wir freuen uns auf die Wiedereröffnung
unseres "neuen" Hallenwellenbades.
Sie werden sehen, da gibt es mehr für's Geld!



Voranzeige zum 2. Preiskopf der JU-Neustadt



am 11. März 2005 um 19.00 Uhr
im "Schwarzen Bären"

Mit einer Einlage in Höhe von 8,- Euro
können auch Sie dabei sein!

1. Preis:

ein frisch geschlachtetes Schwein

und viele weitere schöne Preise.

Kommen Sie und versuchen Sie Ihr Glück -
Sie werden es bestimmt nicht bereuen.!



Impressum

Herausgeber: Jürgen W. Heike
Arnoldplatz 9
96465 Neustadt

Redaktion: Elke Protzmann
Jürgen Petrautzki
Gerhard Korn
Walter Thamm
Ulrich Bieberbach
Heinz Kiesewetter
Joachim Sauer
Harald Hofmann
Gerlinde Deutsch
Frank Altrichter